

NAHOST

„Frieden mit Israel“

Amr Mussa, 70, Generalsekretär der Arabischen Liga, über politische Initiativen in der Region

SPIEGEL: Nancy Pelosi, die Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, hat Syrien besucht, um dessen Friedensbereitschaft auszuloten. Ein richtiger Schritt?
Mussa: Natürlich, es ist sinnlos, Staaten in der Region zu isolieren, die politisch von Gewicht sind. Zudem trägt auch Syrien die Friedensinitiative mit, die vorvergangene Woche vom saudischen König verlesen wurde.

SPIEGEL: Vor fünf Jahren haben die arabischen Führer in Beirut allerdings fast gleichlautende Beschlüsse gefasst. Was hat der Riad-Gipfel Neues erbracht?

Mussa: Wir haben ein Angebot erarbeitet, das alle Themen für einen Frieden mit Israel beinhaltet, dahinter stehen alle Mitgliedstaaten der Arabischen Liga. Wir warten nur noch darauf, dass die israelische Seite antwortet.

SPIEGEL: Ministerpräsident Ehud Olmert lädt die arabischen Staatschefs nach Israel ein ...

Mussa: Aber er will essentielle Fragen ausklammern – den von der Uno verlangten Rückzug auf die Grenzen vom 4. Juni 1967 und die Frage der palästinensischen Flüchtlinge. Olmerts Vorschlag ist nicht seriös. Ihm geht es nur darum, mit arabischen

Staatschefs gesehen zu werden, nicht um Inhalte.

SPIEGEL: Wie sollte Israel denn Ihrer Meinung nach seine Friedensbereitschaft unter Beweis stellen?

Mussa: Jedenfalls nicht dadurch, dass es die Trennmauer auf palästinensischem Boden weiterbaut und neue Siedlungen errichtet. Es sollte auch die palästinensische Regierung der nationalen Einheit ernst nehmen und mit ihr verhandeln.

SPIEGEL: Auch wenn sich die Hamas weigert, Israel anzuerkennen?

Mussa: Die Einheitsregierung hat Präsident Mahmud Abbas ermächtigt, mit Israel zu verhandeln; ich denke, das schließt die Anerkennung Israels ein.

SPIEGEL: Wie wollen die Araber ihre Friedensinitiative weitertragen?

Mussa: Das Beste ist, eine internationale Konferenz unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen einzuberufen, allerdings zeitlich begrenzt, um den arabisch-israelischen Konflikt ein für allemal aus der Welt zu schaffen.



ANWAR AMRO / AFP

Mussa



GLEB GARANICH / REUTERS

Janukowitsch mit Anhängern

UKRAINE

Duell in Kiew

Kommt es in Kiew zum offenen Straßenkampf wie 1993 in Moskau, als Präsident Boris Jelzin das ihm feindlich gesinnte Parlament mit Panzern aus seinen Bastionen schießen ließ? Die Ausgangslage ähnelt fatal der damaligen in Russland. Einen Ausweg aus der neuen Staatskrise wird auch das Verfassungsgericht kaum finden: Das Gremium sei „auf Tauchstation“ gegangen und kaum entscheidungsfähig, so ein Berater des Staatschefs zum SPIEGEL. Die 18 Richter seien aufgrund von Proporzentscheidungen berufen und der Parteidisziplin verpflichtet; zudem biete die vielfach geflickte ukrainische Verfassung kaum Hilfe zur Lösung des Konflikts. Abgeordnete der Koalition von Premier Wiktor Janukowitsch hatten das Gericht angerufen, um die vom Präsidenten am Montag ver-

fugte Parlamentsauflösung und die Ausrufung von Neuwahlen wieder zu kippen.

Juschtschenko hatte sich zu dieser Entscheidung durchgerungen, um den Abgeordnetenkauf durch Anhänger des Premiers und damit seinen endgültigen Machtverlust zu stoppen. Doch reißt der Schritt die alten politischen Gräben wieder auf: Die Polizeiführung steht eher auf der Seite seines Rivalen Janukowitsch, die Armee bekundet dem Präsidenten ihre Treue. Die Gouverneure haben – bis auf die Krim und die Hauptstadt Kiew – ebenfalls dem Präsidenten Loyalität zugesagt; in den russischsprachigen Bergbauprovinzen rund um Donezk aber stellte sich der Regionschef gegen das Gebietsparlament.

Juschtschenko hat die Regierung jetzt in Zugzwang gebracht – der Premier wird um

KOSOVO

Eskalation der Gewalt?

Die Provinz Kosovo muss weiterhin auf ihre Unabhängigkeit warten. Im Uno-Sicherheitsrat verhinderte Russland, die Schutzmacht Belgrads, eine Resolution über den künftigen Status des Kosovo. Bedenken gegenüber der Empfehlung von Uno-Vermittler Martti Ahtisaari, das Kosovo unter internationaler Aufsicht in die Unabhängigkeit zu entlassen, haben aber auch einige EU-Staaten. Das Aufschieben könnte allerdings schwerwiegende Folgen haben. Der ehemalige amerikanische Balkan-Vermittler Richard Holbrooke befürchtet nun eine Eskalation der Gewalt auf albanischer Seite, die in einem neuen Blutbad enden könnte. Albanische Politiker drohten bereits damit, die Unabhängigkeit des Kosovo

einseitig auszurufen. Eine Anerkennung des Landes durch die USA – trotz fehlender Uno-Resolution – wäre dann nicht auszuschließen. Die Serben im überwiegend serbisch besiedelten Norden würden in diesem Fall vermutlich mit Loslösung reagieren und die von der Nato geführte Kfor-Friedenstruppe mit ihren rund 17 000 Soldaten in einen bewaffneten Konflikt verwickeln. Was würde dann aber aus den rund 80 000 Serben im Süden der Provinz? Pläne für eine Evakuierung serbischer Flüchtlinge liegen schon in den Schubladen der Hilfsorganisationen. Indes kündigte der österreichische Schriftsteller Peter Handke, der die Serben für die Opfer der Balkan-Kriege hält, eine Reise in den Kosovo über die Ostertage an.

KONGO

Böse Erinnerung

Nach den Schießereien in der Hauptstadt Kinshasa vor eineinhalb Wochen flammen jetzt auch im Osten des Landes wieder Kämpfe auf. Ugandische Truppen töteten in der vergangenen Woche auf eigenem Staatsgebiet bis zu 60 Rebellen der „Vereinigten Demokratischen Kräfte“ (ADF). Um diese Truppe aufzureiben, hat Uganda nun auch angedroht, in den Kongo einzumarschieren, denn die ADF operiert aus den bergigen Dschungelgebieten an der Grenze heraus. Sie setzt sich aus muslimischen Extremisten und versprengten Kämpfern einer anderen Miliz zusammen. Ende der neunziger Jahre verübten die Guerilleros Bombenanschläge, auf ihr Konto gehen auch Überfälle auf die Zivilbevölkerung. Nicht selten zwingen die Rebellen Kinder und Jugendliche, an ihrer Seite mitzukämpfen. Derzeit hält die ADF wohl mehrere hundert Mann unter Waffen. Die ugandische Regierung wirft zudem der kongolesischen Armee und der Uno-Truppe Versagen vor. Mehr als 18 000 Uno-Soldaten

haben eigentlich die Aufgabe, die zahlreichen Rebellengruppen im Osten des Kongo zu entwaffnen.

Ein möglicher Einmarsch ugandischer Truppen weckt ungute Erinnerungen und muss in Kinshasa als Provokation verstanden werden. Zwischen 1998 und 2003 hatte Kampala sich in den Bürgerkrieg eingemischt und war vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag dafür zu Reparationszahlungen in Milliardenhöhe verurteilt worden. Uganda war unter anderem der „Verletzung des internationalen Menschenrechts und des humanitären Völkerrechts, der Plünderung und Ausbeutung der natürlichen Ressourcen“ für schuldig befunden worden.



PETER BUSOWIKE / AFP

Ugandische Soldaten, getötete Rebellen

Timoschenko

Kompromisse kaum herumkommen. Selbst der hinter ihm stehende Donezker Stahlbaron Rinat Achmetow warnt, der „endlose politische Kampf“ in der Ukraine führe zu einer „Situation wie 1917“. Dass sich die Janukowitsch-Anhänger so heftig gegen die Parlamentsauflösung wehren, ist auf den ersten Blick kaum nachvollziehbar: Neuwahlen würde die Partei des Premiers derzeit gewinnen – allerdings würde auch die Ikone der orange Revolution und jetzige Oppositionschefin Julija Timoschenko Stimmengewinne verbuchen. Bangen um ihre parlamentarische Zukunft müssten dagegen Handlanger von Oligarchen, die sich in die Werchowna Rada eingekauft haben, sowie die Linken. Sozialistenchef Alexander Moros, inzwischen mit dem Posten des Parlamentschefs belohnt, hatte mit seinem Übertritt ins Lager des Premiers die Krise erst möglich gemacht. Entsprechend heftig geißelt er nun den „Ursurpator“ Juschtschenko: Das Parlament, so Moros trotzig, bleibe bis 2011 im Amt.

ANDORRA

„Totale Öffnung“

Anhaltender Schneemangel in den Pyrenäen macht dem Fürstentum zu schaffen. Im vergangenen Winter kamen zu wenige Touristen, die Haupteinkommensquelle des Landes ist gefährdet. „Unsere Zukunft sieht nicht gut aus“, klagt Carme Sala Sansa, Andorras Botschafterin in Brüssel. „Wir werden weniger Schnee haben, und unsere Firmen sind nicht wettbewerbsfähig.“ Regierungschef Albert Pintat Santolària will deshalb neben Skifahrern vermehrt Unternehmer in sein Land locken. Am liebsten wären ihm Dienstleistungs- und Hightech-Betriebe, für alle anderen „fehlt es uns einfach an Platz“, sagt er. Andorra ist flächenmäßig etwa halb so groß wie Berlin. Die landeseigene Regel, wonach der ausländische Anteil an an-

Skiessort in La Massana



WORLD PICTURES / MAURITIUS IMAGES

dorranschen Firmen auf ein Drittel beschränkt ist, soll vor Sommerbeginn fallen; die Zustimmung des Parlaments gilt als sicher. Andorra wird „total geöffnet“, sagt Botschafterin Sala. Danach will Pintat eine Unternehmensteuer von rund 13 Prozent einführen – dafür sollen nationale Firmen nicht mehr wie bisher in Frankreich und Spanien an den Fiskus zahlen. Ein schwieriger Schritt für das kleine Land, das von seinen Bürgern noch nie direkte Steuern erhoben hat und bisher ohne Finanzämter auskam. Dabei hatte der Liberale Pintat vor zwei Jahren noch versprochen, die Steuerfreiheit beizubehalten, eine Mehrheit der knapp 70 000 Bürger des Fürstentums stimmte deswegen für ihn. Jetzt will der Regierungschef vor allem eines: „die Wirtschaftsleistung bis 2020 verdoppeln“. Woher die Investoren das Geld nehmen, spielt keine große Rolle: Das Bankgeheimnis gilt auch weiterhin.